

NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel (HB) am Mittwoch, 14.03.2018

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:26 Uhr

Tagungsort: Rathaus, Ratssaal, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel

Teilnehmer/innen:

Bürgermeister Herr Thomas Pink

Ratsvorsitzende Frau Hiltrud Bayer

Ratsmitglied

Herr Ralf Achilles

Herr Pierre Balder

Frau Sabine Behrens-Mayer

Herr Holger Bormann

fehlt entschuldigt

Herr Heinz-Rainer Bosse

Herr Stefan Brix

fehlt entschuldigt

Frau Julia Dogan

fehlt entschuldigt

Frau Martina Hattendorf

bis TOP 11.2)

Herr Siegfried Hauptstein

Herr Klaus-Dieter Heid

fehlt entschuldigt

Herr Holger Helwig

Frau Katrin Herrmann

Herr Musa Irilci

Herr Gerhard Kanter

bis TOP 14)

Herr Uwe Kiehne

Herr Lutz Kleber

Frau Elke Kochsiek-Dieke

fehlt entschuldigt

Herr Axel Kohnert

Herr Christian Kraemer

bis TOP 13.3)

Frau Ulrike Krause

Herr Horst Meyer

Herr Volker Müller

Herr Torsten Ohms

Frau Birgit Oppermann

Herr Rudolf Ordon

Herr André Owczarek

fehlt entschuldigt

Herr Maximilian Pink

Herr Winfried Pink

Herr Sascha Poser

Herr Florian Röpke

Frau Katrin Rühland

Frau Jacqueline Runge

Frau Kerstin Scheithauer

Frau Elke Schmidt

Herr Jan Schröder

Herr Eckbert Schulze

Herr Jürgen Selke-Witzel

Herr Reiner Strobach

Frau Dörthe Weddige-Degenhard

Frau Elke Wesche

Herr Dr. Manfred Wolfrum

Verwaltung Herr Erster Stadtrat Knut Foraita
 Herr Stadtrat Thorsten Drahn
 Herr Stadtbaurat Ivica Lukanic
 Herr Olaf Danell
 Frau Silke Grünewald
 Frau Simone Reese
 Herr Thorsten Raedlein
 Frau Melanie Frohme

Protokollführerin Frau Anke Kratschmer

zusätzlich im öffentlichen Teil:
2 Pressevertreter/-innen
4 Zuhörer/-innen

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- Punkt 1) Eröffnung der Sitzung
- Punkt 2) Anwesenheitsfeststellung
- Punkt 3) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
- Punkt 4) Genehmigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel am 20.12.2017
- Punkt 5) Genehmigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel (Sondersitzung) am 23.02.2018
- Punkt 6) Einwohnerfragestunde
- Punkt 7) Spenden und Sponsoring
- Punkt 7.1) Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0041/2018
- Punkt 7.2) Annahme von Sponsoringleistungen;
hier: Leistungen für das Stadtjubiläum 2018
Vorlage: 0029/2018
- Punkt 8) Grundsatzangelegenheiten
- Punkt 8.1) Strategie Wolfenbüttel
Vorlagen: 0328/2017, 0328/2017/1 und 0328/2017/2
- Punkt 8.2) Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 30.01.2018;
hier: Strategie Wolfenbüttel - Berücksichtigung von Behinderten, vor allem
mobilitätseingeschränkten Menschen in das Leben in Wolfenbüttel
Vorlage: 0030/2018
- Punkt 8.3) Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 31.01.2018;
hier: Ablehnung der geplanten NKomVG-Änderung zur Mindestgröße der
Fraktionen in kommunalen Vertretungen
Vorlage: 0027/2018
- Punkt 9) Satzungen

- Punkt 9.1) Hauptsatzung für die Stadt Wolfenbüttel;
hier: 6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für die Stadt Wolfenbüttel vom 02.11.2011
Vorlage: 0015/2018

- Punkt 10) Schulangelegenheiten

- Punkt 10.1) Gemeinsame Schulentwicklungsplanung von Landkreis und Stadt Wolfenbüttel
Vorlagen: 0025/2018 und 0025/2018/1

- Punkt 10.2) Aktualisierung der Gymnasialstrategie;
hier: Wiedereinführung des "G9-Abitur"
Vorlagen: 0031/2018 und 0031/2018/1

- Punkt 11) Sport und Freizeit

- Punkt 11.1) Vorstellung des Sportwegekonzepts; etwaiger Ausbau der Wegebeleuchtung auf bislang nichtbeleuchteten Teilstrecken
Vorlage: 0293/2017

- Punkt 11.2) Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 18.12.2017;
hier: Einstellung von Haushaltsmitteln für den Ausbau der Wegebeleuchtung im Bereich "Rund um den Stadtgraben" für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 0332/2017

- Punkt 12) Bau, Stadtentwicklung und Umwelt

- Punkt 12.1) Kampagne "Fairtrade-Town"
Vorlage: 0011/2018

- Punkt 12.2) Straßenbenennungsrichtlinie der Stadt Wolfenbüttel
hier: Grundsätze zur Neu- und Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen
Vorlage: 0334/2017

- Punkt 12.3) Verkehrliche Erschließung des Wohnbaugebietes Am Södeweg
Vorlagen: 0020/2018 und 0020/2018/1

- Punkt 12.4) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel - F5 "Nördlich Mascheroder Straße", 5. Änderung des Flächennutzungsplanes FNP 2020
hier: Feststellungsbeschluss
Vorlage: 0014/2018

- Punkt 13) Eigenbetriebe

- Punkt 13.1) Erhöhung des Stammkapitals des Abwasserbeseitigungsbetriebs Stadt Wolfenbüttel durch Umwandlung von Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 4,9 Mio. €
Vorlage: 0010/2018

- Punkt 13.2) Wirtschaftsplan 2018 und 2019 für den Abwasserbeseitigungsbetrieb Stadt Wolfenbüttel (ABW)
Vorlagen: 0302/2017 und 0302/2017/1

- Punkt 13.3) Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018/2019 für die Städtischen Betriebe Wolfenbüttel
Vorlagen: 0282/2017 und 0282/2017/1

Punkt 14) Haushalt

Punkt 14.1) Entwurf Planung eines Doppelhaushaltes 2018/19
Vorlagen: 0262/2017, 0262/2017/1, 0262/2017/2 und 0262/2017/3

Punkt 14.2) Stellenplan 2018/2019
Vorlage: 0022/2018

Punkt 15) Mitteilungen

Punkt 16) Anfragen

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1) Eröffnung der Sitzung

Frau Ratsvorsitzende Bayer eröffnet um 16:30 Uhr die 10. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel und begrüßt die Anwesenden. Sodann gratuliert sie Herrn Achilles zu seinem heutigen Geburtstag.

Punkt 2) Anwesenheitsfeststellung

Die Anwesenheit wird durch Namensaufruf festgestellt. Zu Beginn der Sitzung sind 37 von 43 Ratsmitgliedern anwesend.

Punkt 3) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Frau Ratsvorsitzende Bayer weist darauf hin, dass die Vorlage 0334/2017 – *Straßenbenennungsrichtlinie der Stadt Wolfenbüttel, hier: Grundsätze zur Neu- und Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen* (TOP 12.2) vertagt wird, da sie aufgrund der Empfehlung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt zunächst erneut in den Fraktionen und Gruppen besprochen werden soll.

Punkt 4) Genehmigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel am 20.12.2017

Ohne Änderungen wird die Niederschrift der 8. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel am 20.12.2017 bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

Punkt 5) Genehmigung der Niederschrift der 9. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel (Sondersitzung) am 23.02.2018

Die Niederschrift der 9. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel (Sondersitzung) am 23.02.2018 wird ohne Änderungen bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

Punkt 6) Einwohnerfragestunde

Eine ZuhörerIn möchte wissen, warum Angehörige oder Bezugspersonen nicht an anonymen Beisetzungen auf dem Hauptfriedhof in Wolfenbüttel teilnehmen können (siehe Anlage).

Herr Bürgermeister Pink, dem das Problem bisher nicht bekannt war, sagt eine Prüfung der städtischen Satzung sowie eine schriftliche Antwort zu.

Punkt 7) Spenden und Sponsoring

Punkt 7.1) Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen Vorlage: 0041/2018

Die Berichterstattung über die Vorlage 0041/2018 erfolgt durch **Herrn Bürgermeister Pink**.

Ohne Aussprache ergeht einstimmig die folgende Beschlussfassung:

„Die in der Anlage zu dieser Vorlage genannten Zuwendungen werden angenommen.“

**Punkt 7.2) Annahme von Sponsoringleistungen;
hier: Leistungen für das Stadtjubiläum 2018
Vorlage: 0029/2018**

Herr Bürgermeister Pink erläutert die Vorlage 0029/2018.

Es meldet sich kein Ratsmitglied zu Wort. Die Ratsmitglieder beschließen einstimmig:

„Die in der Anlage zu dieser Vorlage aufgeführten Sponsoringleistungen werden angenommen.“

Punkt 8) Grundsatzangelegenheiten

**Punkt 8.1) Strategie Wolfenbüttel
Vorlagen: 0328/2017, 0328/2017/1 und 0328/2017/2**

Herr Bürgermeister Pink erstattet Bericht über die vorliegenden Vorlagen und bittet um entsprechende Beschlussfassung.

Die Vorlage 0382/2017/2 sei, so **Herr Selke-Witzel**, durch den Rat und die Verwaltung gemeinsam erarbeitet worden. Die Fraktionen hatten die Möglichkeit, eigene Vorschläge einzubringen. Dafür dankt er der Verwaltung im Namen seiner Fraktion.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe die Themen Umwelt und Klimaschutz sowie Verkehr eingebracht. Die Energieeffizienz und Energieerzeugung in städtischen Liegenschaften werde zu Recht als eine entscheidende Komponente beim Thema Klimaschutz benannt. Die Erneuerung und Optimierung von Heizungsanlagen könne beispielsweise nicht nur den CO₂-Ausstoß verringern, sondern auch Geld einsparen und sich so amortisieren. Das Energiemanagement habe zudem eine Vorbildfunktion für private Hausbesitzer und Firmen. Die Ostfalia in Wolfenbüttel habe einen eigenen Fachbereich, der seit vielen Jahren im Bereich Energieeinsparung und Energiegewinnung in privaten Häusern forscht.

Umweltschutz bedeute zudem den Erhalt eines intakten Mikroklimas in der Stadt. Hierbei werde regelmäßig unterschätzt, dass das Abholzen von Bäumen, Hecken und Gebüsch zur Folge hat, dass es in Zukunft immer weniger Insekten geben wird. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich daher dafür einsetzen, dass abgeholzte Bäume zeitnah ersetzt werden. Auch hierbei habe die Stadt eine Vorbildfunktion für Private. Durch den Trend, in den Gärten nur noch Rasen- und Kiesflächen anzulegen, gehe die Artenvielfalt zurück.

Beim Radverkehr sei man in den letzten Jahren in der Stadt gut vorangekommen. Dies sei nicht zuletzt der guten Arbeit der Radverkehrsbeauftragten zu verdanken. Ein entsprechender Hinweis sollte nach Ansicht von **Herrn Selke-Witzel** in das Strategiepapier aufgenommen werden. Abschließend weist **Herr Selke-Witzel** darauf hin, dass sich die Anzahl der Handlungsfelder gegenüber der Ursprungsvorlage von neun auf elf erhöht habe. Dies sollte in der zu beschließenden Vorlage korrigiert werden. Zudem sollte der zweite Halbsatz bezüglich der Priorisierung gestrichen werden, da die Handlungsfelder gleichwertig sind. Die Grüne-Ratsfraktion werde der Strategie gerne zustimmen.

Frau Ratsvorsitzende Bayer verdeutlicht, dass das Strategiepapier nicht starr ist. Man müsse daran kontinuierlich arbeiten.

Laut **Herrn Achilles** entwickle sich ein Virus, Vorlagen auf semantische Feinheiten zu untersuchen und Fehler aufzuzeigen. Bei der Diskussion über die Strategie solle man nicht in Einzelheiten zergehen. Da diese lediglich den Handlungsrahmen für die Ratsarbeit in den nächsten Jahren bildet. Die Feinheiten werden erst nach entsprechenden Fraktionsanträgen in den Ausschüssen diskutiert. Es würde das Prinzip einer Strategie konterkarieren, wenn dort derartige Details bereits benannt wären.

Es habe **Herrn Achilles** erstaunt, dass bei der Erarbeitung der Strategie einige Parteien nicht besonders viel Interesse gezeigt haben. Jede Partei habe in ihrem Wahlprogramm die strategische Entwicklung der Stadt Wolfenbüttel dargelegt. Die SPD-Fraktion fühle sich gut mitgenommen und werde zu den als wichtig erachteten Schwerpunkten entsprechende Anträge stellen. Für die Erarbeitung dankt er der Verwaltung.

Herr Meyer führt aus, dass einige Handlungsfelder schwierig aufzuarbeiten seien, da hier Entwicklungen aus einer jahrelangen desaströsen Politik zugrunde liegen. Dies seien insbesondere die Erscheinungen, die man in den verfallenen Innenstadtbereichen sehen könne. Diese Dinge seien durch die Politik insgesamt und nicht unbedingt vor Ort entstanden. Für Wolfenbüttel seien dies insbesondere die Handlungsfelder 1 (Innenstadtentwicklung) und 2 (Wohnraumbeschaffung). Hier sei zwar ein guter Wille vorhanden, es werde aber wahrscheinlich nicht in dem Umfang gelingen, wie man es sich jetzt vorstellt. Zum Handlungsfeld „Integration“ führt **Herr Meyer** aus, dass Integration aus nichteuropäischen Kulturkreisen in die europäische Kultur bisher nur dort gelungen sei, wo die Menschen auch wirklich integriert werden wollten. Eine wechselseitige Integration zwischen dem Islam und der christlich-abendländischen Kultur sei historisch bisher nicht gelungen. Aktuelle Ergebnisse bestätigen, dass dies vermutlich so bleiben werde. Die Ereignisse des „Willkommensputsches“ bedürfen einer Aufarbeitung. Aus Sicht der AfD-Fraktion jedoch nicht in der Form des vorlegten Integrationskonzeptes.

Zum Handlungsfeld 5 sei es nach Ansicht der AfD-Fraktion sinnvoll, die Schlüsselemente einer Corporate Governance insgesamt darzustellen. Die übrigen Handlungsfelder seien vom Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion benannt worden. Es gebe gemeinsame Schnittstellen, an denen die Politik der AfD-Fraktion mit dem, was im Handlungskonzept steht, übereinstimmt. Das Handeln der AfD-Ratsfraktion sei ansonsten darauf ausgerichtet, die Interessen der eingegebenen, autochthonen Bevölkerung zu wahren.

Die FDP-Fraktion trage die Strategie grundsätzlich mit, so **Herr Ordon**. Er dankt der Verwaltung für die intensive Vorbereitung und den Fraktionen für die sachliche und zielgerichtete Arbeit an der Zukunft Wolfenbüttels. Die FDP-Fraktion sehe insbesondere in den folgenden Bereichen noch Nachholbedarf:

Im Handlungsfeld 1 (Innenstadtentwicklung) sei man insbesondere in Bezug auf die Hertie-Immobilie hoffentlich einen großen Schritt vorangekommen. Es bleibe jedoch noch viel zu tun. Als Stichworte seien hier Bähr, Grüner Platz, Ratskeller, Belebung des Stadtmarktes, Einbeziehung der Herzog-August-Bibliothek zu nennen.

Das Handlungsfeld 3 (Integration) sei eines der schwierigsten, da sich alles, was nun unternommen wird, erst in Zukunft auswirken wird. Das Integrationskonzept sei ein guter Ansatz. Es sollte jedoch regelmäßig überprüft werden, ob es greift und in welchen Bereichen es ergänzt oder korrigiert werden muss. Man müsse sich vor allem um diejenigen kümmern, die eine Bleibeperspektive haben. Dazu gehöre auch, dass diese Menschen mehr einbezogen werden, zum Beispiel in die Feier zum 900jährigen Stadtjubiläum oder bei Aktionen wie „Sauberes Wolfenbüttel“. Das Integrationskonzept soll dafür sorgen, dass diese Menschen unsere Werte und Normen verinnerlichen und dadurch ein Teil dieser Gesellschaft werden.

In Bezug auf die Schule sehe die FDP-Fraktion noch größeren Handlungsbedarf. Das Problem sei, dass die Stadt nicht allein das Sagen habe, sondern auf die Kooperation mit dem Landkreis angewiesen ist. Dieser habe in der Vergangenheit mehrfach gezeigt, dass er Schulpolitik nicht überzeugend vertreten kann. Die Einrichtung dreier Gesamtschulen erfolgte ohne längerfristige Planung, bei denen pädagogische Argumentationen gnadenlos dem politischen Willen untergeordnet worden seien. Zum Teil gegen die Willen der Eltern, aber mit Unsummen an Steuergeldern. Trotz dieser Summen sei es nicht zu einer erkennbaren Verbesserung der Schulpolitik gekommen. Es solle daher Ziel der städtischen Schulpolitik sein, alle in der Stadt befindlichen Schulen in die Trägerschaft der Stadt zu bekommen, damit Schulpolitik aus einer Hand betrieben werden könne. Leider werde wohl auch der neugebildete gemeinsame Ausschuss keine Verbesserung bringen, da der Landkreis hier weiterhin wichtige Themen nicht einbringt. Sechs gymnasiale Oberstufen in der Stadt seien kein Beweis für Schulqualität, sondern dafür, dass das Abitur von einem Leistungsnachweis zu einem Berechtigungsschein heruntergewirtschaftet wurde.

Bis zu einem gewissen Grad mache die gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder Sinn. Ab einem gewissen Alter sei die Leistungsfähigkeit der Kinder jedoch so unterschiedlich, dass ein gemeinsamer Unterricht den individuellen Begabungen nicht mehr entspricht. Deshalb sei es wichtig, die Förderschulen weiterzuführen und die Schwerpunktschulen beizubehalten. Schüler hätten grundsätzlich keinen Rechtsanspruch, ein bestimmtes Gymnasium zu besuchen. Habe ein Gymnasium die Aufnahmekapazitäten erreicht, müssen sich die Schüler eine andere Schule suchen. Dies sollte auch für Kinder mit einer Lernbehinderung gelten. Dafür reiche jeweils eine Schwerpunktschule vollkommen aus. Der Ausbau aller weiterführenden Schulen sei weder aus pädagogischen noch aus finanziellen Gesichtspunkten zu verantworten.

Zum Handlungsfeld 8 (Tourismus) sei es der Stadt bisher leider nicht gelungen, Hotelinvestoren nach Wolfenbüttel zu locken. Der Germania-Sportplatz sei in eine windige Randlage verlegt worden, die erhoffte Ansiedlung eines Hotels sei jedoch ausgeblieben. Mit dem Hotel Kronprinz und dem Ratskeller stehen zwei Gastronomiebetriebe schon lange leer. Mit einer Belebung des Ratskellers könnte auch das Zentrum der Stadt zu einem belebten Platz werden. Ein leerstehender Ratskeller bringe der Stadt keine Einnahmen. Es sollte daher überlegt werden, ob ein Gastronom gefunden werden kann, der nach Erneuerung der Technik zunächst pachtfrei für ein oder zwei Jahre den Betrieb in Gang bringt und anschließend mit einer vertretbaren Pacht weiterführt. Hierfür müsse natürlich Geld investiert werden. Mit Eröffnung der neuen Gastronomie an der Ecke Krambuden/Stadtmarkt werde das Unterfangen nicht einfacher.

Beim Handlungsfeld 10 sollte auf Symbolpolitik wie bspw. Fair-Trade und Tempo-30 verzichtet und nur Maßnahmen ergriffen werden, die nachweisbar dem Klimaschutz dienen. Wenn der Klimaschutz ernst genommen werde, müsste bspw. die Silvester-Knallerei wegen der Verschmutzung durch Feinstaub auch untersagt werden.

Zum Handlungsfeld Verkehr sollte die Förderung eines Lastenfahrrades dem Markt überlassen werden. Es sollte zudem überprüft werden, ob die Öffnung der Einbahnstraßen für Radfahrer in bestimmten Straßen aus Gründen der Verkehrssicherheit rückgängig gemacht werden sollte. Am wichtigsten wäre aus Sicht von **Herrn Ordon** jedoch der Bau einer Ostumgehung, um den drohenden Verkehrsinfarkt im östlichen Stadtgebiet zu verhindern. Die Baugebiete am Södeweg, Fallsteinweg, Ottmerstraße und Jahnstraße werden das Verkehrsaufkommen deutlich erhöhen.

Herr Strobach weist den Vorwurf der AfD, die Politik sei in der Vergangenheit nur desaströs gewesen, zurück. Sie sei vielmehr von Hilfsbereitschaft und sozialer Verantwortung getragen gewesen. Er sei stolz, dass Deutschland dies gelungen ist.

Mit der Strategie Wolfenbüttel liege ein sehr ausgewogenes Handlungspapier vor. Man könne sogar die Erwartung einer Aufbruchsstimmung daran knüpfen. Es sei kein Papier der Verwaltung oder des Rates, sondern ein Papier für die ganze Stadt. Die Bürger sollen mitgenommen und beteiligt werden, so wie es beim Innenstadtentwicklungskonzept vorbildlich gelungen ist. Es sei ihm ein Anliegen, dass das Handlungsfeld Klimaschutz genauso wichtig erachtet wird, wie die anderen Handlungsfelder auch. Hierzu gebe es die Einladung des Zweckverbandes zu einer Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Städten zu einem Masterplan für den Klimaschutz.

Herr W. Pink führt aus, dass die CDU-Fraktion das Strategiepapier vollumfänglich unterstützen werde. Er richtet seinen Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung und seine Fraktions-Kollegen. Er teile die Auffassung von Herrn Meyer nicht, dass die Handlungsfelder 1 und 2 vernachlässigt worden sind. Dass die Innenstadtentwicklung vorangehe, sehe man an der kürzlich getroffenen Entscheidung und dem Umbau der Fußgängerzone. Zudem entstehen überall in der Stadt Mehrfamilienhäuser und werden im Bereich des Södeweges noch entstehen.

Integration müsse sein. In der Industrie und im Handwerk fehlen Arbeitskräfte. Die Leute müssen ausbildungs- und arbeitsfähig gemacht werden. Wer die Erlaubnis habe, in Deutschland zu bleiben, habe auch das Recht, hier ausgebildet zu werden.

Die Erarbeitung der Details werde in den einzelnen Arbeitsgruppen erfolgen. Alle beschlossenen Maßnahmen müssen auch ständig evaluiert werden.

Nach Auffassung von **Herrn Meyer** habe Herr Strobach die Begabung, Aussagen so zu interpretieren, wie es ihm gefällt. Er habe ganz klar von desaströser Politik im Zusammenhang mit dem Verfall der Innenstädte gesprochen. Dies sei aus übergeordnetem politischem Fehlverhalten entstanden.

Herr Achilles führt aus, dass die FDP-Fraktion bei den Workshops zur Erarbeitung der Strategie unter anderem folgende Aussagen eingebracht habe: „Kein Multikulti; Kindertagesstätten mit angemessener Beteiligung der Eltern – was nichts kostet, hat keinen Wert; Keine Verringerung der Gruppengrößen ohne höhere Beteiligung der Eltern; Keine generelle Einführung der Inklusion; Kein Bildungsbüro; Abschaffung des Rockbüros; Kein Seniorenservicebüro“. Dies müsse den Leuten mal gesagt werden und nicht diese Schaufensterreden.

Herr T. Pink in seiner Funktion als Ratsmitglied führt aus, dass es Politik der AfD sei, Aussagen in die Welt zu setzen und später zu behaupten, sie seien nicht so gemeint gewesen. Dahinter scheine eine Strategie zu stecken.

Man lebe in einem der reichsten Länder der Erde mit gut ausgebauten Sozialsystemen und einer Meinungsfreiheit über alle politischen Ebenen. Wolfenbüttel sei eine wunderbare Stadt, in der man in den letzten Jahren gemeinsam sehr viel für die Bürgerinnen und Bürger erreicht habe. Der Vorwurf einer desaströsen Politik sei daher eine Unverschämtheit.

Herr T. Pink bietet Herrn Meyer an, sich gemeinsam die Innenstadt anzusehen. Dabei werde man natürlich noch Verbesserungspotenzial feststellen, insbesondere in den letzten Wochen sei jedoch sehr viel für die Innenstadtentwicklung getan worden. Vom Verfall der Innenstadt könne daher keine Rede sein.

Für die Wohnraumentwicklung passiere insbesondere in den Bereichen Ottmerstraße, Rodeland, Adersheimer Straße, Södeweg, Fallsteinweg sowie die Sanierung vieler Gebäude mit der WoBau viel. Herr Meyer scheint dies nicht mitbekommen zu haben. Es werde Wohnraumpolitik für jedermann gemacht.

Das Wort „Willkommensputsch“ sei ein Kampfbegriff der AfD, der schon seit Monaten immer wieder angeführt wird. Dass in der Vergangenheit insbesondere auf den höheren Ebenen nicht alles richtig gelaufen ist, sei nicht abzustreiten. Es war jedoch ein Akt der Nächstenliebe und Humanität auf Grundlage des Grundgesetzes. Deutschland trage Verantwortung in der Welt.

Mehr Corporate Governance als bisher sei kaum möglich. In allen Beteiligungen der Stadt seien städtische Vertreter vertreten. Diese handeln nach den Interessen der Stadt und nicht nach Interessen anderer. Sämtliches Handeln werde kommunalpolitisch großartig überwacht. In Wolfenbüttel gebe es im besten Sinne eine politische Steuerung, auf die alle stolz sein können.

Zum Wortbeitrag von Herrn Ordon führt **Herr T. Pink** aus, dass es Mode geworden zu sein scheint, über alles herzuziehen. Nach der Landtagswahl hätte die FDP politische Verantwortung übernehmen können, habe jedoch gekniffen.

Die pachtfreie Vergabe des Ratskellers könne nicht ernsthaft gemacht werden. Erst mal müsse eine Modernisierung erfolgen, anschließend könne über das weitere Vorgehen diskutiert werden.

Das Strategiepapier sei inhaltlich bereits stark ausgeprägt. Es sei jetzt Aufgabe der Ratsmitglieder, es mit Leben zu füllen und entsprechende Anträge zu stellen. Zum Ratskeller habe **Herr Ordon** nur gesagt, dass dieser seit Jahren leer steht und daher neue Gedanken eingebracht werden sollten. Wenn kein Pächter gefunden wird, könnte die Stadt überlegen, die Sanierung vorzunehmen und anschließend für eine Übergangszeit als Starthilfe für den neuen Gastronomen auf die Pacht zu verzichten. In der Kindergartensatzung stehe, dass die Eltern einen gewissen Prozentsatz selbst übernehmen müssen. Dieser Anteil sei seit Jahren nicht erhöht worden. **Herr Ordon** habe lediglich darauf hingewiesen, dass man ihn anpassen sollte.

Herr Ordon führt aus, dass die Integrationspolitik in der Vergangenheit zu sehr unter dem Multikulturalismus gestanden habe, für den Vielfalt als Wert an sich gelte. Dies klinge tolerant und weltoffen. Es sei erschreckend, wenn im Rahmen des Multikulturalismus Kritik an Muslimen sofort in den Verdacht gerät, auf Rassismus zu beruhen. Es kann nicht richtig sein, die Rücksichtnahme auf andere Kulturen als wichtiger zu erachten als die Wahrung der Grund- und Menschenrechte unserer Verfassung. Hass und Diskriminierung von Muslimen seien scharf zu verurteilen. Es sei aber auch falsch, wenn Beschwichtigtiger kritikwürdiges Verhalten ignorieren, um Rassismus zu bekämpfen. Dies könne den Verdacht auslösen, die Meinungsfreiheit sei eingeschränkt. Viele Zugezogene leben noch zu abgesondert nach Werten und Verhaltensweisen, die Gesetzen, Regeln und Denkweisen der Mehrheitsbevölkerung widersprechen. Zu viele leben seit vielen Jahren hier, ohne die Geschichte dieses Landes zu kennen. Der Nationalstaat dürfe nicht überfordert werden. Wer sich vorstellt, als imaginärer Vertreter des Weltbürgertums über alle Grenzen des Nationalstaates hinwegzulegen, überfordere nicht nur die materiellen, territorialen und sozialen Möglichkeiten eines jeden Staates, sondern auch die psychischen Möglichkeiten seiner Bürger. Man müsse dafür Sorge tragen, dass weder der Staat noch die Bürger überfordert werden. Diese Ausführungen seien aus einem Vortrag des ehem. Bundespräsidenten Joachim Gauck, den er Ende Januar an der Universität Düsseldorf gehalten habe.

Eine weitere Wortmeldung von Herrn Meyer wird mit Hinweis auf § 11 Abs. 5 der Geschäftsordnung durch die Ratsvorsitzende unterbunden.

Sodann beschließen die Ratsmitglieder bei drei Enthaltungen einstimmig:

„Die weiterführende Ausrichtung der Stadt Wolfenbüttel nach strategischen Zielen wird beschlossen.“

**Punkt 8.2) Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 30.01.2018;
hier: Strategie Wolfenbüttel - Berücksichtigung von Behinderten, vor
allem mobilitätseingeschränkten Menschen in das Leben in Wolfenbüttel
Vorlage: 0030/2018**

Herr W. Pink erstattet Bericht über die Vorlage 0030/2018 und legt die Gründe für den Antrag dar. In den vorhergehenden Ausschüssen sei der Antrag positiv beschieden worden.

Herr Ordon stellt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor. Es handelt sich um eine sprachliche Konkretisierung.

Mit dem Antrag solle laut **Herrn W. Pink** kein Preis gewonnen, sondern den benannten Personen geholfen werden. Alle seien glücklich über den Antrag. Die „Klugscheißerei“ und „Mäkelei“ an Formulierungen und Anträgen von Herr Ordon hänge allen zum Halse raus.

Frau Weddige-Degenhard betont, dass es korrekt „Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen“ heißen müsse, wenn schon auf sprachliche Feinheiten geachtet wird.

Weiter Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Ratsmitglieder verständigen sich darauf, die durch die FDP-Fraktion angeregte sprachliche Korrektur in den Beschluss einzuarbeiten.

Die Ratsmitglieder fassen bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

„Bei allen Planungen und Vorhaben der Stadt Wolfenbüttel werden die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Konvention von 2006, vor allem mobilitätseingeschränkten Menschen, berücksichtigt.“

**Punkt 8.3) Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 31.01.2018;
hier: Ablehnung der geplanten NKomVG-Änderung zur Mindestgröße
der Fraktionen in kommunalen Vertretungen
Vorlage: 0027/2018**

Herr Ordon erläutert und begründet den Antrag der FDP-Fraktion.

Ohne Wortmeldungen wird der Antrag mit 11 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 9) Satzungen

**Punkt 9.1) Hauptsatzung für die Stadt Wolfenbüttel;
hier: 6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für die Stadt Wolfenbüttel
vom 02.11.2011
Vorlage: 0015/2018**

Herr W. Pink erstattet Bericht über die Vorlage 0015/2018 und bittet um vorlagengemäße Entscheidung.

Ohne Aussprache beschließen die Ratsmitglieder einstimmig:

„Die Sechste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für die Stadt Wolfenbüttel vom 02.11.2011 wird in der beiliegenden Fassung beschlossen.“

Punkt 10) Schulangelegenheiten

**Punkt 10.1) Gemeinsame Schulentwicklungsplanung von Landkreis und Stadt Wolfenbüttel
Vorlagen: 0025/2018 und 0025/2018/1**

Frau Oppermann erstattet Bericht über die Vorlagen 0028/2018 und 0025/2018/1 und erläutert die Unterschiede zwischen der Ursprungs- und der Strichvorlage.

Nach Ansicht von **Herrn Ordon** können die Wolfenbütteler wieder einmal Zeuge eines abrupten Kurswechsels der Wolfenbütteler CDU werden. Als sich die CDU-Fraktion Anfang April 2011 plötzlich für eine Gesamtschule aussprach, kommentierte dies Markus Bosse (SPD) mit den Worten „den anfangs für einen April-Scherz gehaltenen Sinneswandel der CDU gebührt mein Respekt vor so viel politischer Flexibilität“. Dadurch ermöglichen der Bürgermeister und seine Fraktion dem Landkreis, sich in die Schulpolitik der Stadt Wolfenbüttel einzumischen.

2015 habe die CDU die Verwaltung gebeten, die Übernahme der Schulträgerschaft durch die Stadt zu prüfen. Nachdem ein Rechtsgutachten grünes Licht gegeben habe, hat die Partei am 14.03.2016 die Übernahme beantragt. In der Ratssitzung vom 16.03.2016 habe der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Helm, laut Protokoll erklärt: „Dem Antrag lägen zum einen pädagogische Ansätze zugrunde, indem eine stärkere Verzahnung zwischen den städtischen Schuleinrichtungen und hier noch einzurichtenden Oberstufen angestrebt werde und die pädagogische Zusammenarbeit verbessert und Synergieeffekte genutzt werden sollen. Zum anderen solle die Planungssicherheit für die beiden Gesamtschulen im Stadtgebiet und eine stärkere Einwirkungsmöglichkeit der Stadt auf die Schulentwicklungsplanung des Landkreises erreicht werden. Die Gesamtschulen leisten bereits erfolgreiche Arbeit. Dies liege nicht zuletzt an den Rahmenbedingungen, die in Wolfenbüttel vorliegen. Die Stadt sei jedoch nicht zentral in die Entscheidungen des Landkreises eingebunden. Dies könne durch eine Trägerschaft der Stadt verbessert werden.“ Die heutige Vorsitzende des Schulausschusses, Frau Oppermann, habe ihren Fraktionskollegen mit den folgenden Worten unterstützt: „Es gehe nicht darum, die Schulen an sich zu ziehen, sondern darum, das umzusetzen, was für die Bürger wichtig sei – nämlich eine kalkulierbare Schulpolitik. (...) Es sei daher eine sinnvolle und pädagogische Maßnahme, die Schulträgerschaft zu übernehmen.“ Der Antrag sei damals mit 23 zu 15 Stimmen angenommen worden. Nun ziehe die CDU ihren eigentlich gut begründeten Antrag mit dünnen Worten aus finanziellen Gründen zurück, dabei wären die Kosten 2018 nicht höher als 2016 und die Finanzlage der Stadt werde allgemein als gut bezeichnet. **Herr Ordon** frage sich, was die wirklichen Gründe sind. Vielleicht sei der Bürgermeister auf einen „Schmusekurs“ mit der Landrätin gegangen, sodass er hinnimmt, dass der Landkreis weiterhin der Stadt in die Schulpolitik hineinpfuscht. Da Herr Dr. Helm im Stadtverband keine Rolle mehr spiele, bleiben noch die Worte von Frau Oppermann. Es sei fraglich, warum das Ziel des damaligen Antrages heute für den Bürger nicht mehr wichtig sein sollte. Sie habe eine kalkulierbare Schulpolitik gefordert. Die jetzige Schulpolitik der CDU sei jedoch das Gegenteil. Es werde dadurch die politische Glaubwürdigkeit der CDU-Vertreter aufs Spiel gesetzt.

Die ersten Erfahrungen im gemeinsamen Schulausschuss des Landkreises und der Stadt seien leider negativ. Der Landkreis bestätige, dass er eine rein ideologische Schulpolitik, abseits aller pädagogischen Erkenntnisse betreibt. Wäre es ihm ernst mit einer gemeinsamen Schulpolitik gewesen, hätte er beispielsweise die Frage der Fortführung der Förderschule am Teichgarten auf die Tagesordnung der letzten Sitzung gesetzt. Werde heute die Übernahme der Gesamtschule abgelehnt, gebe es kaum noch Themen, die eine gemeinsame Absprache erfordern. **Herr Ordon** beantragt daher, die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages der Vorlage 0025/2018/1 durch die Punkte der Ursprungsvorlage zu ersetzen.

Ideologie sei immer das, was die anderen meinen und glauben, so **Frau Weddige-Degenhard**. Die Schulentwicklungsplanungen von Landkreis und Stadt Wolfenbüttel werden zusammengeführt. Es wurde das erste Mal getagt und eine Agenda verabschiedet.

Dass Herr Ordon kein Liebhaber von Gesamtschulen sei, habe er oft genug dargelegt. Dennoch scheine ihn dieses Thema so sehr umzutreiben, dass er in jeder Schulausschuss- und fast jeder Ratssitzung dazu sprechen müsse. Er solle die Situation lieber so akzeptieren, wie sie ist. Etwa ein Drittel der Eltern wollen eine Gesamtschulerziehung für ihre Kinder und dies bekommen sie inzwischen in Stadt und Landkreis Wolfenbüttel. Beide Schulträger seien sehr daran interessiert, ein vernünftiges Schulangebot zu bieten.

Frau Schmidt führt aus, dass die Gruppe Schulentwicklungsplanung zum ersten Mal getagt habe. Es sei ein gemeinsames Vorgehen abgesprochen worden. Man müsse der Gruppe nun erst mal eine Chance geben, gemeinsam zu arbeiten, bevor alles verurteilt wird.

Dem Bürger sei es nicht wichtig, in wessen Trägerschaft die Schulen sind. Auch die Grünen haben damals mit der Übernahme der Gesamtschulen geliebäugelt. Man könne dadurch jedoch keine Verbesserung der Schulentwicklungsplanung erwirken. Die dritte Gesamtschule im Landkreis wäre auch eingerichtet worden, wenn die Schulen im Stadtgebiet in der Trägerschaft der Stadt gewesen wären.

Frau Schmidt habe gehofft, dass die Kooperation zwischen den gymnasialen Oberstufen besser erfolgt, wenn die Gymnasien und Gesamtschulen in der Trägerschaft der Stadt zusammenarbeiten. Diese Kooperation gebe es jedoch bereits jetzt.

Herr Ordon entgegnet, dass er die Existenz der beiden Gesamtschulen akzeptiere. Er wolle sie nicht abschaffen. Ihn störe die Art und Weise, wie die Gesamtschulen eingeführt worden sind. In einem Zeitungsartikel vom 30.12.2009 habe er gesagt, dass die Wolfenbütteler Steuerzahler mehr als 20 Mio. Euro für die Gesamtschule aufbringen müssen. Der Landkreis habe dies zurückgewiesen und die Kosten für die Baumaßnahmen an der Wallstraße auf 10,4 Mio. Euro beziffert. Mittlerweile sei man bei knapp 40 Mio. Euro angelangt. Es sei nicht mit offenen Karten gespielt worden.

Weitere Ratsmitglieder melden sich nicht zu Wort.

Der Antrag von Herrn Ordon, die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlages durch die Fassung der Ursprungsvorlage zu ersetzen, wird mit zwei Ja-Stimmen, drei Enthaltungen und 32 Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann nehmen die Ratsmitglieder die Informationen zur Aufnahme der Arbeit in der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung des Landkreises Wolfenbüttel und der Stadt Wolfenbüttel werden zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung über die Beschlusspunkte 2 bis 4 erfolgt mit zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen mehrheitlich:

- „2. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Ergebnisse der Beratungen in der Arbeitsgruppe zu berichten.
3. Eine Übernahme der Trägerschaft der Gesamtschulen Wallstraße und Henriette Breymann durch die Stadt Wolfenbüttel wird nicht angestrebt.
4. Dieser Beschluss ersetzt den Beschluss des Rates zur Vorlage 0034/2017/1.“

**Punkt 10.2) Aktualisierung der Gymnasialstrategie;
hier: Wiedereinführung des "G9-Abitur"
Vorlagen: 0031/2018 und 0031/2018/1**

Die Berichterstattung über die Vorlagen 0031/2018 und 0031/2018/1 erfolgt durch **Frau Oppermann**. Sie bittet um vorlagengemäße Entscheidung.

Es meldet sich kein Ratsmitglied zu Wort.

Die Ratsmitglieder nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Entwicklung der Gymnasien sowie zur Wiedereinführung des „G9-Abiturs“ zur Kenntnis und beschließen bei einer Enthaltung einstimmig (ohne Herrn Kraemer):

- „2. Die Gymnasialstrategie der Stadt Wolfenbüttel wird dahingehend geändert, dass ab dem Schuljahr 2018/2019
 - am Gymnasium im Schloss eine Fünfüzigkeit und
 - an den Gymnasien Große Schule und Theodor Heuss grundsätzlich eine Vierzügigkeit in den Jahrgangsstufen vorgehalten wird.“

Punkt 11) Sport und Freizeit

Punkt 11.1) Vorstellung des Sportwegekonzepts; etwaiger Ausbau der Wegebeleuchtung auf bislang nichtbeleuchteten Teilstrecken Vorlage: 0293/2017

Herr Schröder erläutert die Vorlage 0293/2017.

Ohne Aussprache nehmen die Ratsmitglieder die Inhalte zur Kenntnis:

- „1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Ob und ggf. in welchem Umfang ein Ausbau der Wegebeleuchtung von bisher nicht beleuchteten Teilstrecken im Rahmen des in der Begründung dargestellten Sportwegekonzepts erfolgt, wird durch die Gremien in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/19 entschieden.“

Punkt 11.2) Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 18.12.2017; hier: Einstellung von Haushaltsmitteln für den Ausbau der Wegebeleuchtung im Bereich "Rund um den Stadtgraben" für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: 0332/2017

Herr Schröder erstattet Bericht über die Vorlage 0332/2017 und bittet um vorlagengemäße Beschlussfassung. In den vorbereitenden Ausschüssen sei der Antrag mehrheitlich angenommen worden.

Herr Ordon führt aus, dass die FDP-Fraktion das Konzept für überverteuert halte. Es sei unverantwortbar 200.000 Euro zuzüglich Folgekosten auszugeben. In Wolfenbüttel gebe es genügend Strecken, auf denen man laufen könne. Zudem sei die Sicherheit gegeben. Wolfenbüttel sei der sicherste Landkreis in ganz Norddeutschland. Es gebe daher keine Notwendigkeit für die Erhöhung der Sicherheit durch eine Beleuchtung. Zudem brauchen die Läufer keine beleuchtete Strecke, da sie häufig eigene (Stirn-)Lampen verwenden. Die FDP-Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Auch die Grüne-Ratsfraktion lehne den Antrag ab, so **Herr Selke-Witzel**. Zum jetzigen Zeitpunkt schein die Beleuchtung des Stadtgrabens ein Prestigeobjekt zu sein. Es sei nicht plausibel, ob diese Strecke tatsächlich für die hohen Kosten mit Lichtmasten versehen werden muss. Zudem sei das Projekt aus ökologischen Gründen nicht zu unterstützen. Im Wegekonzept sei ein interessanter Vorschlag zu Lampen mit Bewegungsmeldern enthalten gewesen. Dies wäre innovativ und spannend gewesen und wäre vielleicht auch von den Grünen unterstützt worden. Nun aber gehe es um etwas Altbackenes und man argumentiere mit Sicherheit. Nach Meinung von **Herrn Selke-Witzel** besteht diese Sicherheitslücke jedoch nicht. Auch wenn die untere Naturschutzbehörde zugestimmt hat, sei es dennoch sinnvoll, nicht jeden Teil der Natur auszuleuchten.

Nach Meinung der AfD-Fraktion sei, so **Herr Meyer**, aus gegebenen Gründen an dieser Stelle eine Erhöhung der Sicherheit erforderlich. Eine Erhöhung der Sicherheit sei immer dann gegeben, wenn in der Dunkelheit Beleuchtung erfolgt. Die AfD-Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.

Ohne weitere Wortmeldungen fassen die Ratsmitglieder mit sieben Gegenstimmen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

„Die Haushaltsmittel für den Ausbau der Wegebeleuchtung im Bereich „Rund um den Stadtgraben“ werden für das Haushaltsjahr 2018 in den städtischen Haushalt eingestellt.“

Punkt 12) Bau, Stadtentwicklung und Umwelt

Punkt 12.1) Kampagne "Fairtrade-Town"
Vorlage: 0011/2018

Herr Kiehne erläutert die Vorlage 0011/2018 und bittet um vorlagengemäße Entscheidung.

Ohne Wortmeldungen fassen die Ratsmitglieder mit vier Gegenstimmen und sieben Enthaltungen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt bei allen öffentlichen Veranstaltungen, wie z. B. Empfängen, bei denen Kaffee, Tee, Kekse, etc. angeboten werden, und im Büro des Bürgermeisters den Ausschank von Kaffee und einem weiterem Produkt aus fairem Handel zu gewährleisten.“

Punkt 12.2) Straßenbenennungsrichtlinie der Stadt Wolfenbüttel
hier: Grundsätze zur Neu- und Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen
Vorlage: 0334/2017

Die Beratung und Beschlussfassung über die Vorlage 0334/2017 wird vertagt.

Punkt 12.3) Verkehrliche Erschließung des Wohnbaugebietes Am Södeweg
Vorlagen: 0020/2018 und 0020/2018/1

Die Vorlagen 0020/2018 und 0020/2018/1 werden durch **Herrn Kiehne** erläutert.

Es meldet sich kein Ratsmitglied zu Wort.

Die ergänzenden Ausführungen der Vorlage 0020/2018/1 werden zur Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung über die Vorlage 0020/2018 erfolgt einstimmig:

- „1. Der Entwurfsplanung zum Bau eines Kreisverkehrsplatzes im Knotenpunkt Södeweg / Ahlumer Straße / Schweigerstraße zur Hauptanbindung des Baugebietes Södeweg wird zugestimmt.*
- 2. Der Entwurfsplanung zum Bau der Erschließungsstraßen des Baugebietes Am Södeweg (Bebauungsplan IX Am Södeweg) wird zugestimmt.“*

Punkt 12.4) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel - F5 "Nördlich Mascheroder Straße", 5. Änderung des Flächennutzungsplanes FNP 2020
hier: Feststellungsbeschluss
Vorlage: 0014/2018

Der Berichterstatter, **Herr Kiehne**, erläutert die Vorlage 0014/2018 und bittet, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Ohne Aussprache beschließen die Ratsmitglieder einstimmig:

- „1. Den in der Anlage zu dieser Vorlage beigefügten Beschlussempfehlungen der Verwaltung zur Abwägung über die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf der Flächennutzungsplanänderung F5 „Nördlich Mascheroder Straße“ wird zugestimmt.*
- 2. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung F5 „Nördlich Mascheroder Straße“ wird als Plan gemäß § 58 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschlossen (Feststellungsbeschluss).*

3. Die Begründung mit Umweltbericht zur Flächennutzungsplanänderung F5 „Nördlich Mascheroder Straße“ wird beschlossen.“

Punkt 13) Eigenbetriebe

**Punkt 13.1) Erhöhung des Stammkapitals des Abwasserbeseitigungsbetriebs Stadt Wolfenbüttel durch Umwandlung von Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 4,9 Mio. €
Vorlage: 0010/2018**

Herr Kanter erstattet Bericht über die Vorlage 0010/2018 und bittet um Zustimmung.

Ohne Aussprache beschließen die Ratsmitglieder einstimmig (ohne Herrn Kohnert):

- „1. Einer Erhöhung des Stammkapitals des Abwasserbeseitigungsbetriebs Stadt Wolfenbüttel (ABW) in Höhe von 4,9 Mio. € durch entsprechende Umwandlung von Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der Stadt Wolfenbüttel wird mit Wirkung vom 01.01.2018 zugestimmt.
2. Die dieser Vorlage beigefügte Änderung der Betriebssatzung wird beschlossen.
3. Die haushaltsrechtlich erforderlichen Ansatzanpassungen erfolgen im Rahmen der Beratungen des Wirtschaftsplans 2018/2019 des ABW bzw. des Haushaltsplans 2018/2019 der Stadt Wolfenbüttel.“

**Punkt 13.2) Wirtschaftsplan 2018 und 2019 für den Abwasserbeseitigungsbetrieb Stadt Wolfenbüttel (ABW)
Vorlagen: 0302/2017 und 0302/2017/1**

Herr Kanter erläutert die Vorlagen 0302/2017 und 0302/2017/1.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Ratsmitglieder fassen einstimmig (ohne Herrn Kohnert) den folgenden Beschluss:

„Die Wirtschaftspläne 2018 und 2019 für den Abwasserbeseitigungsbetrieb Stadt Wolfenbüttel gemäß Anlage werden wie folgt festgesetzt:

	2018 in EUR	2019 In EUR
a) Erfolgsplan		
- Erträge	11.268.700	11.497.100
- Aufwendungen	10.483.700	10.725.800
- Jahresergebnis	785.000	771.300
b) Vermögensplan		
- Einnahmen	12.616.700	6.047.700
- Ausgaben	12.616.700	6.047.700
c) Kreditaufnahmen für Investitionen	3.734.473	2.508.657
d) Der Höchstbetrag bis zu dem Kassenkredite im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Zahlungen durch die Sonderkasse des Abwasserbeseitigungsbetrieb Stadt Wolfenbüttel in Anspruch genommen werden dürfen, beträgt	800.000	800.000
e) Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.		
f) Mehreinnahmen berechtigen zu Mehrausgaben.“		

Punkt 13.3) Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018/2019 für die Städtischen Betriebe Wolfenbüttel
Vorlagen: 0282/2017 und 0282/2017/1

Die Vorlagen 0282/2017 und 0282/2017/1 werden durch **Herrn Kanter** erläutert.

Ohne Wortmeldungen wird einstimmig beschlossen:

„Der Wirtschaftsplan 2018/2019 für die Städtischen Betriebe Wolfenbüttel gemäß Anlage wird wie folgt festgesetzt:

a) Erfolgsplan 2018	
- Erträge	9.596.900 EUR
- Aufwendungen	9.182.800 EUR
- Jahresüberschuss	414.100 EUR
b) Erfolgsplan 2019	
- Erträge	9.726.700 EUR
- Aufwendungen	9.335.200 EUR
- Jahresüberschuss	391.500 EUR
c) Vermögensplan 2018	
- Einnahmen	1.571.856 EUR
- Ausgaben	1.571.856 EUR
d) Vermögensplan 2019	
- Einnahmen	1.218.879 EUR
- Ausgaben	1.218.879 EUR
e) Kreditaufnahmen 2018/2019 für Investitionen	0,00 EUR
f) Der Höchstbetrag bis zu dem Liquiditätskredite in den Wirtschaftsjahren 2018/2019 zur rechtzeitigen Leistung von Zahlungen durch die Sonderkasse der Städtischen Betriebe Wolfenbüttel in Anspruch genommen werden dürfen, beträgt	410.000 EUR
g) Verpflichtungsermächtigungen werden veranschlagt i.H.v.	0,00 EUR
h) Mehreinnahmen berechtigen zu Mehrausgaben.“	

Punkt 14) Haushalt

Punkt 14.1) Entwurf Planung eines Doppelhaushaltes 2018/19
Vorlagen: 0262/2017, 0262/2017/1, 0262/2017/2 und 0262/2017/3

Herr W. Pink erläutert ausführlich die Vorlagen und bittet um entsprechende Beschlussfassung.

Herr Meyer führt aus, dass im Teilhaushalt 1 insbesondere die Aufwendungen enthalten seien, die im Zusammenhang mit dem sogenannten Willkommensputsch stehen. Zu den Kosten dieser Alimentation kommen noch die fachspezifisch eingebrachten Aufwendungen, sodass ein gewisses Wohlergehen erreicht werden könne. Es sei daher schwierig, die gesamten Kosten für einen Einwanderer zu ermitteln. Der Züricher Zeitung sei eine entsprechende Kostenaufstellung zu entnehmen gewesen, die die Kosten auf 2.400 Euro pro Person und Monat beziffert. Für diese Aufwendungen müssten acht Normalverdiener in der Steuerklasse 3 mit ihren Steuerzahlungen monatlich aufkommen. Die AfD-Fraktion fühle sich daher im Auftrag der Wähler verpflichtet, die Kosten abzulehnen. Inzwischen seien etwa 16 % der Bevölkerung der gleichen Meinung.

Der Doppelhaushalt weise im Ergebnishaushalt im Übrigen nach wie vor ein strukturelles Defizit aus. Dies sei nach haushaltsrechtlichen Gegebenheiten ein nicht ausgeglichener Haushalt. Die strukturellen Defizite entstehen selbst nach Kürzung der Anforderungen aus den einzelnen Ressorts in Höhe von 4 Mio. Euro pro Jahr unverändert mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 4 bis 5 Mio. Euro. Darin enthalten seien noch nicht die Neuverschuldungen im Zusammenhang mit dem Einstieg der Stadt in die joined-venture-Gesellschaft. Die Nettoneuverschuldung erhöhe sich dadurch in 2018 auf 11 Mio. Euro und in 2019 auf 18 Mio. Euro. Davon auszugehen, dass die erforderlichen Auslagen für das Löwentor, die 2020 fällig werden, mit einem Verkauf ausgeglichen werden, sehe die AfD-Fraktion als sehr utopisch an. Aus diesen Gründen habe die Fraktion den Vertrag abgelehnt. In Anbetracht des gegenwärtigen Entwicklungsstandes werde der Verkehrswert aus Sicht der AfD-Fraktion nach Fertigstellung des Objektes etwa 7 Mio. Euro unter den Herstellungskosten liegen.

In Anbetracht des größten Investitionsprojektes, dem Schlossplatz, habe die AfD-Fraktion ebenfalls bereits Stellung genommen und das Objekt aus wirtschaftlichen und technischen Gründen abgelehnt. Unter Berücksichtigung der weiterhin angespannten Haushaltssituation hätten mind. 2 Mio. Euro eingespart werden können. Unter Zugrundlegung der historischen Gegebenheiten aus dem Jahr 1650 hätte die Straßen- und Wegeführung so beibehalten werden sollen, wie sie derzeit verlaufe. Der Raum vor dem Zeughaus sei immer ein freier Exerzierplatz gewesen. Diese Freifläche werde nun zug gepflastert, dies sei für **Herr Meyer** nicht nachvollziehbar.

Der Schuldenstand der Stadt werde nach eigenen Angaben Ende 2018 auf ca. 70 Mio. Euro und 2019 auf ca. 85 Mio. Euro steigen, d. h. die gesamte Haushaltslage bleibe angespannt. Mittelfristig könne er sich durchaus auf 100 Mio. Euro steigern. In Anbetracht der politischen Entwicklung, d. h. Fortsetzung der Einwanderung, sei davon auszugehen, dass sich die entsprechenden Kostenansätze erhöhen und mittelfristig Auswirkungen auf den Haushalt haben werden. In einem Werbespot von Frau Merkel heiße es „Was ist ein Land, in dem wir gut und gerne leben?“. Daraus könne mittelfristig der Spruch werden: „Das war ein Land, eine Stadt, in der wir gut gelebt haben“.

Herr Strobach betont, dass Schulden an sich nichts Schlechtes sind, wenn man sie zurückzahlen könne. Durch Investitionen schaffe man einen Gegenwert. Die Stadt habe keine angespannte Finanzlage, im Vergleich zu anderen Städte gehe es ihr ausgesprochen gut. Sie habe eine gute Liquidität und kaum Belastungen durch die Nettokreditaufnahmen, da die Zinsen derzeit sehr niedrig sind. Es sei daher auch sinnvoll, mit dem Löwentor neue Werte zu schaffen und einen jahrelangen Fehlstand auszumerzen.

Die Kosten für die Integration seien nur die eine Seite. Auf der anderen Seite steige dadurch das Bruttosozialprodukt, weil viele Wirtschaftsleistungen initiiert und die Volkswirtschaft angekurbelt werde. Auch dadurch, dass die Integration gelingt, bestehe derzeit eine besonders gute Wirtschaftslage. Es werde dadurch etwas gegen die Überalterung der Gesellschaft und den Fachkräftemangel getan.

Die AfD-Fraktion werfe immer nur die Kosten in den Raum, berücksichtige jedoch nie die finanziellen und sozialen Werte, die dadurch geschaffen werden.

Die AfD-Fraktion schmeiße ohne Sinn und Verstand populistische Schlagworte in den Raum, so **Herr Achilles**. Trotz mancher Reibereien seien die Ratsmitglieder Kommunalpolitiker, die sich die Hand reichen. Man respektiere die gegenseitige Arbeit. Bei der AfD-Fraktion erkenne er jedoch keine Arbeit, sodass er auch nichts respektieren könne.

Die SPD-Fraktion habe die Möglichkeit gehabt, an dem Haushaltsentwurf mitzuarbeiten. **Herr Achilles** dankt der Verwaltung und den Ratskolleginnen und -kollegen für die gute Zusammenarbeit. Die vorliegenden Planungen seien eine Investition in die Zukunft der Stadt.

Der Doppelhaushalt sei dadurch entstanden, dass die Verwaltung an ihre Belastungsgrenze stößt. Es müssen zunächst Projekte abgearbeitet werden, bevor neue hinzukommen können. Daraus resultiere unter anderem auch die ominöse Streichliste. Die Streichliste sei jedoch eher als Wunschliste zu verstehen. Man müsse die Stadtverwaltung auf einem hohen Niveau halten, damit die Vorstellungen der Politik auch abgearbeitet werden können. Wer gute Arbeit haben möchte, braucht auch gute Menschen. Das bisher Geleistete sei für eine Stadt dieser Größenordnung äußerst beachtlich. Man könne zu Recht stolz auf Wolfenbüttel und die Verwaltung sein.

Die SPD-Fraktion werde den Haushalt mittragen. **Herr Achilles** appelliert an die Ratsmitglieder, die Sitzungen nicht als Selbstverwirklichungs- und Populismusinstrumente zu verwenden. Alle

Abgeordneten seien von Menschen gewählt worden, die erwarten, dass die angekündigte Arbeit im Rat geleistet werde.

Herr Ordon führt aus, dass auch die FDP-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde. Dies falle umso leichter, weil auf die Erhöhung der Grundsteuer B verzichtet wird.

Laut **Herrn Selke-Witzel** werde auch die Grüne-Ratsfraktion dem Doppelhaushalt zustimmen. Es sei eine Freude, in Wolfenbüttel zu wohnen und zu leben. Die Stadt stehe im Jahr ihres 900sten Jubiläums glänzend da. Überall werde gebaut, Kitas und Schulen seien Vorzeigeprojekte, man leiste sich kostenlose Sportstätten und Kultur auf sehr hohem Niveau. Selbst freiwillige Leistungen an die Wohlfahrtsverbände und Familienzentren seien möglich. Der Doppelhaushalt suggeriere, dass dies in den nächsten Jahren auch so bleiben wird. Dennoch befinde sich in der zu beschließenden Vorlage auch ein Haushaltssicherungsbericht. Dies sei ein Hinweis darauf, dass eine Absicherung erfolgen muss. Darin stehe zum Beispiel, dass bei den Personalkosten in den nächsten Jahren 500 Tsd. Euro eingespart werden sollen. Bei den Reinigungskräften soll durch die Optimierung der Eigenreinigung eine Einsparung in Höhe von 100 Tsd. Euro erzielt werden. Die Grüne-Ratsfraktion werde dies kritisch begleiten, damit auch die Menschen in den unteren Gehaltsstufen gute Rahmenbedingungen haben.

Es bestehe dennoch ein strukturelles Defizit. Dieses werde zum Teil auch durch den Verkauf von Baugrundstücken ausgeglichen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte gerne auch die Mittel für ein Familienzentrum West im Haushalt veranschlagt gesehen. Zudem hätte man sich die Mittel für einen Neubau der Landwirtschaftsschule beim Gymnasium im Schloss gewünscht.

Herr Selke-Witzel dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und den guten Informationsfluss.

Herr Meyer wehrt sich gegen den Vorwurf von Herrn Achilles, die AfD-Fraktion sei populistisch tätig. Man sei mit sehr viel Sachverstand und Einsatz dabei.

Dem Vortrag von Herrn Strobach, der die Schulden so „blumig“ geschildert habe, entgegnet **Herr Meyer**, dass Schulden nicht immer gut seien. Vor allem nicht, wenn sie aus spekulativen Gründen eingegangen werden.

Herr W. Pink stellt klar, dass bei der Revitalisierung des Löwentores nicht spekulativ Geld ausgegeben werde. Es werden Substanzwerte u. a. in Form von Ladengeschäften und dem Parkhaus mit 200 Stellplätzen geschaffen. Die von Herrn Meyer vorgetragene Zahlen seien nicht realistisch. Der Umbau des Schlossplatzes werde zudem zu einem großen Anteil durch das Land gefördert. Die geplante Straßenführung gab es bereits einmal in den 50er-Jahren. Die historischen Einwendungen von Herrn Meyer seien daher ebenfalls nur bedingt richtig.

Die CDU-Fraktion werde dem Doppelhaushalt ebenfalls uneingeschränkt zustimmen. Man sei überzeugt, dass sich die positive Entwicklung in weiteren Haushaltsjahren fortsetzen wird.

Herr W. Pink ist zuversichtlich, dass für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 die Abschlüsse erneut mit schwarzen Zahlen enden werden. Bei dem verantwortungsvollen Verhalten der Verwaltung und des Rates habe **Herr W. Pink** das Vertrauen, dass auch die nächsten Jahre positiv gestaltet werden können.

Durch die in Wolfenbüttel eingeleiteten Großmaßnahmen wie Schlossplatz, Meesche und die Erhöhung des Stammkapitales bei den ABW werden Einnahmen für die nächsten Jahrzehnte gesichert. Auch durch die Erschließung des Baugebietes Södeweg werde Geld in die Stadt gebracht. Nicht allein der Verkauf der Grundstücke bringe Einnahmen, auch das Schaffen der Häuser komme anteilig Wolfenbüttel zugute. All dies zeige, wie gut die wirtschaftliche Situation Wolfenbüttels ist. Darauf können alle stolz sein, auch wenn es immer wieder auch Kritik von selbsternannten Sparweltmeistern gebe. Man könne nicht immer nur Bürgerbeteiligungen und Konzepte machen, sondern müsse daraus auch etwas umsetzen. Die Investitionen seien überschaubar und finanzierbar.

Die Streichliste sei gut gemeint gewesen, habe jedoch eine falsche Richtung genommen und wurde in der Presse hochgespielt. Die Streichliste habe zum Ziel, die (technische) Verwaltung zu entlasten und für die wirklich wichtigen Aufgaben freizuhalten. Es dürfe jedoch nicht soweit kommen, dass der Politik dadurch die Handlungskompetenz für weitere Investitionen entzogen wird. Seit Jahren werde über die hohen Haushaltsausgabereise gestöhnt. Man müsse so konsequent sein und Maßnahmen aus den Investitionsplänen streichen. **Herr W. Pink** schlägt vor,

interfraktionell und mit der Verwaltung eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit diesen Themen beschäftigt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Sodann beschließen die Ratsmitglieder bei zwei Enthaltungen einstimmig:

- „1. Die Entwürfe der Haushaltssatzungen, des Haushaltsplanes (Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt), des Investitionsprogrammes und des Haushaltssicherungskonzeptes mit Haushaltssicherungsbericht werden unter Berücksichtigung der empfohlenen Veränderungen zum Haushaltsentwurf beschlossen.
2. Die abschließenden Ergebnisse der Haushaltsberatungen gem. Ratsbeschluss sind in die endgültige Fassung des Haushaltsbandes 2018 / 2019 einzuarbeiten.“

Punkt 14.2) Stellenplan 2018/2019
Vorlage: 0022/2018

Herr W. Pink erläutert die Vorlage 0022/2018. Heutzutage bestehe ein Wettbewerb zwischen den Kommunen um gute Mitarbeiter. Dem müsse entgegengewirkt werden.

Herr Selke-Witzel möchte wissen, wie die im Haushaltssicherungsbericht aufgeführten Einsparungen in Höhe von 500 Tsd. Euro jährlich im Personalbereich und 100 Tsd. Euro jährlich bei den Reinigungskräften zustande kommen.

Herr Bürgermeister Pink sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Ohne weitere Wortmeldungen wird einstimmig wie folgt beschlossen:

„Der Stellenplan für die Beamtinnen und Beamten, für die Beschäftigten sowie für das in Ausbildung befindliche Personal wird als Bestandteil des Haushaltsplanes im Rahmen der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2018/2019 in der vorliegenden Fassung beschlossen.“

Protokollantwort:

1. Personalkostenbudgetierung:

Die Kürzung des Personaletats in Höhe von 0,5 Mio. € pro Jahr resultiert einerseits aus der rein zahlungswirksamen Betrachtung der entstehenden Aufwendungen. Gegenüber den angemeldeten Planansätzen der letzten Jahre wurden bezogen auf das entsprechende Buchungsjahr regelmäßig geringere Auszahlungen geleistet. Andererseits wird durch verschiedene Maßnahmen (z.B. zeitliche Optimierungen bei Beförderungen und bei der Besetzung frei werdender bzw. unbesetzter Stellen) das Ziel verfolgt, diese Planansätze zu erreichen. Nicht zuletzt wird auch die bestehende Organisation, ggf. auch unter externer fachlicher Begleitung und Beratung, umfangreich überprüft, wobei aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen (Verhältnis freiwillige Aufgaben zu kommunalrechtlichen Pflichtaufgaben sowie der fortschreitenden Automatisierung von Standardaufgaben und Arbeitsabläufen) mittelfristig deutliche Einsparpotentiale erwartet werden.

2. Eigen- und Fremdreinigung

Die jährliche Einsparung von rd. 100.000 € erfolgt nicht im Bereich der Reinigungskräfte, sondern im Bereich der Fremdreinigung. Durch organisatorische Anpassungen können Gebäude, die sich vormals in der Fremdreinigung befunden haben, zukünftig durch städt. Reinigungskräfte betreut werden. Hierdurch konnten und können Verträge mit externen Dienstleistern gekündigt werden, ohne zusätzliche Personalkosten zu verursachen. Das Konzept zur Optimierung der Eigenreinigung bei der Stadt Wolfenbüttel soll ab 2018 umgesetzt werden (siehe Drs.-Nr. 0318/2017).

Punkt 15) Mitteilungen

Herr Bürgermeister Pink teilt mit, dass die Gewerkschaft ver.di für den morgigen Donnerstag zur Teilnahme an einer Kundgebung in Braunschweig aufgerufen habe. Einige Dienstleistungen in den Kindertagesstätten und dem Bürgerbüro der Stadt seien daher eingeschränkt. Vier Kindertagesstätten bleiben vollständig geschlossen (KiFaZ Karlstraße, Kita Leinde, Kita Fümmelse und Kita Groß Stöckheim). Die Kitas Halchter, Am Herzogtore, Geibelstraße und Salzdahlum werden teilweise bestreikt, sodass nur ein eingeschränktes Betreuungsangebot zur Verfügung steht. Im Bürgerbüro der Verwaltung wird eine telefonisch erreichbare Notbesetzung eingerichtet.

Punkt 16) Anfragen

Es richtet kein Ratsmitglied Anfragen an die Verwaltung.

Um 19:20 Uhr beendet **Frau Ratsvorsitzende Bayer** den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Rates der Stadt Wolfenbüttel.

gez.
Hiltrud Bayer
Ratsvorsitzende

gez.
Thomas Pink
Bürgermeister

gez.
Anke Kratschmer
Protokollführerin